

SÜDLICHER BREISGAU

www.badische-zeitung.de/badkrozingen

IKA-Mitarbeiter streiken für einen Tarifvertrag

Geschäftsleitung bricht die Verhandlungen ab / Gewerkschaft schließt einen längeren Arbeitskampf nicht aus

VON UNSEREM MITARBEITER
HANS CHRISTOPF WAGNER

STAUFEN. Bei IKA stehen die Zeichen auf Sturm. Gestern traten Mitarbeiter des Unternehmens in einen neuerlichen Warnstreik. Sie fordern einen Tarifvertrag. Die Geschäftsleitung hat die Verhandlungen unterbrochen. Und wird wohl auch nicht mehr an den Tisch zurückkehren. „Es wird keinen Tarifvertrag geben“, sagte Geschäftsführer Rene Stegelmann gegenüber der Badischen Zeitung.

Gewerkschaft und Betriebsrat hätten gerne, dass sich die Chefetage von IKA in einem Haustarifvertrag zur schrittweisen Wiedereinführung der 35-Stunden-Woche und der Zahlung von Urlaubsgeld verpflichtet. „Wir haben seit Oktober acht Mal verhandelt und jetzt plötzlich bricht die Geschäftsleitung die Verhandlungen ab“, sagte Thomas Bittner von der IG Metall Freiburg vor 91 IKA-Beschäftigten, die gestern gegen 10 Uhr die Arbeit niederlegten und vor das Werkstor zu einer Kundgebung zogen. „Ich habe es noch nie erlebt, dass Chefs mit ihren eigenen Leuten so umgehen, das ist ein Affront gegen



Gewerkschafter Hermann Spieß (rechts) sprach bei der Kundgebung davon, notfalls werde man sich einen Tarifvertrag „erstreiken“. FOTO: H. C. WAGNER

Euch“, betonte Hermann Spieß, Geschäftsführer der IG Metall Freiburg. Das sei kein fairer Umgang mit Mitarbeitern, so der Gewerkschafter. Spieß kündigte weitere Warnstreiks an und schloss auch einen längeren Arbeitskampf bei IKA nicht aus, sollten die Tarifverhandlungen nicht wieder aufgenommen werden. IKA will sich nicht auf einen Haustarifvertrag

einlassen, weil die Chefetage „sich keine neuen Fesseln anlegen“ will, wie Stegelmann in einem Gespräch nach dem Warnstreik sagte. Flexibel wolle man bleiben, um auch in Zukunft kurzfristig auf die Marktentwicklungen reagieren zu können. „2009 war eine Katastrophe für uns“, so Stegelmann. Das Unternehmen habe 35 Prozent weniger Umsatz ge-

macht und sechs Millionen Euro Verlust eingefahren. Um gegenzusteuern, sah es sich gezwungen, sich von mehr als 100 Mitarbeitern zu verabschieden. Sie haben Abfindungen bekommen und sind in eine Transfergesellschaft übergewechselt, die je nach Betriebszugehörigkeit bis maximal ein Jahr 90 Prozent des Gehalts weiterbezahlt. „Diese Maßnahmen kosten uns 3,8 Millionen Euro“, sagte Finanzprokurist Thomas Eberle. Dass die Krise eine kurzfristige ist, glauben er und Stegelmann nicht. Es sei fraglich, ob die Rekordumsätze des Jahres 2008 jemals wieder erreicht werden. Allerdings wolle das Unternehmen, das dieses Jahr das 100-jährige Bestehen feiert, 2010 wieder Gewinne machen.

Die Position der Chefetage: Wir lassen uns auf keinen Tarifvertrag ein, dafür suchen wir den verbliebenen Mitarbeitern (270 in Staufen, 350 im Ausland), dass sie ihre Jobs auf absehbare Zeit behalten können. Stegelmann: „Die Zeit der Angst ist jetzt vorbei, Staufen ist und bleibt unser wichtigster Standort.“ Der IKA-Chef will, dass bald wieder „Ruhe und Frieden einkehren“. Die Mitarbeiter sollten wieder „geme zur Arbeit gehen“.

und ist sich sicher, dass „nur die Mitarbeiter bei den Politikern kritische Entscheidungsfähigkeit erzeugt“.

Für große Freude im MUT-Land so auch die „Buginger Überraschung“ Herbst 2009. Da hatte das Regierungssitzium die Pläne der Bahn im Abschied Heilshelm-Buggingen wegen des hohen Lärmpegels in Seefelden und Katisiedlung als nicht genehmigungsfähig abgelehnt. „Das tut gut, wenn man lebst“, betonte Diel, sparte denn nicht mit Kritik am Regierungspräsident Freiburg. „Auf den 446 Seiten steht a viel Unfug“, klagte Diel. So sei die Sitzungnahme des Regierungspräsidenten immer auf dem neuesten Stand übernehme oft unkritisch die Position der Bahn. Deshalb dürfen die MUT-Glieder nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssten wachsam und merksam sein, um auf „alte Sprüche er Führungsleute“ und die jüngste öffentliche Distanzierung von „Baden 21“ Landesfinanzministers Willi Stächele gehend reagieren zu können. Weil die nämlich die Kostendifferenz zu den der IG Bohr favorisierten Alternativen schrumpft, ist eine Neuplanungstrasse ohne Anwendung des Schienenplans das nächste Etappenziel auf dem zur Durchsetzung der Kernforderung der Resolution „Baden 21“. Für 2. kündigte der MUT-Vorsitzende ein zweiten Schienenlärmkongress an, der seine Mitglieder zur Fortsetzung Widerstandes auf.